

Moralismus ist zu wenig

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

*Dirk Jörke**

Jan-Werner Müllers hier abgedruckter Text „Was ist Populismus?“ zeichnet sich durch einen erfrischenden Stil aus, und er nimmt kein Blatt vor dem Mund.¹ So wird sehr schnell deutlich, dass Müller vor dem Hintergrund eines liberalen Demokratieverständnisses dem Populismus wenig abgewinnen kann, er ihn nicht für ein „nützliches Korrektiv“, sondern in erster Linie als eine Gefahr für die politische Kultur der Demokratie hält. Er begründet dies vornehmlich mit einem dem Populismus zugeschriebenen Antipluralismus und Moralismus, beides zusammen würden auch dessen Wesen ausmachen. Die Beispiele, aber auch die demokratietheoretischen Reflexionen, die Müller zur Stützung dieser kritischen Begriffsbestimmung anführt, sind allesamt intuitiv einleuchtend. Es liegt ja auf der Hand, dass Populisten wie Victor Orban, Marine Le Pen, Geert Wilders oder Beppe Grillo nicht nur Werte verkörpern, die uns liberale Ironikerinnen abstoßen, sondern auch einen Politikstil vertreten, der die Voraussetzungen eines demokratischen Miteinanders untergräbt. All das lässt sich ja gegenwärtig in vielen europäischen Staaten zu Genüge beobachten.

Genauso ist es völlig überzeugend, dass „das Volk“ als empirische Größe nicht existiert und dass, wie Michael Saward, Nadia Urbinati und Winfried Thaa dargelegt haben, politische Identitäten vielmehr erst im Prozess der Repräsentation erzeugt werden, sie also nicht immer schon „da“ sind. Somit muss mit Müller und vielen anderen auch der Anspruch der Populisten bestritten werden, „das Volk“ gegen die vermeintlich korrupten Eliten vertreten zu können. Wenn überhaupt werden Teile der Bevölkerung durch die Populisten repräsentiert. Auch die weiteren demokratietheoretischen Ausführungen, die die Basis der Kritik am Populismus liefert, sind überzeugend, aber leider nur theoretisch. Denn der Populismus offenbart mehr als deutlich, dass die Theorie die eine Sache, die Wirklichkeit jedoch eine ganze andere Sache ist. Müllers Text hilft uns zu verstehen, warum und in welchem Ausmaß der Populismus eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellt, aber hilft uns leider nicht – und damit komme ich zu meinen kritischen Ausführungen.

* Prof. Dr. Dirk Jörke, TU Darmstadt
Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de

1 Dieser Kommentar basiert auf einer früheren Version, die auf dem theorieblog erschienen ist (<http://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/moralismus-ist-zu-wenig-eine-entgegnung-auf-was-ist-populismus-von-jan-werner-mueller/>).

rungen – zu verstehen, wie wir dieser Gefahr begegnen können. Anders und vielleicht etwas überspitzt ausgedrückt: Demokratietheorie verkommt hier zu einer Art moralischer Selbstvergewisserung. Was sie aber stattdessen zu leisten hätte, wäre eine stärkere Reflexion der Bestandsvoraussetzungen einer demokratischen politischen Kultur, also einer Kultur, die Populisten zwar nicht als das Andere ausschließt, aber zugleich auch möglichst wenig Anlass zu populistischen Revolten oder gar Machtübernahmen gibt. Hier zeigen sich jedoch blinde Flecken einer Demokratietheorie, die meint, auf gesellschaftstheoretische Fundierungen verzichten zu können.

Es wäre allerdings unfair, allein aufgrund des hier abgedruckten Textes zu argumentieren, entstammt er doch einem kürzlich erschienenen gleichnamigen Essay, in dem sich durchaus einige Ausflüge in die Empirie und damit auch zu den Fragen nach den Entstehungsgründen des Populismus finden. Zudem heißt der Beitrag ja auch nicht „Warum gibt es Populismus?“, sondern „Was ist Populismus?“. Dennoch sind es gerade die empirischen Aspekte, die den Essay wie auch den Auszug so unbefriedigend erscheinen lassen.

So insistiert Müller mit Verweis auf Forschungen von Karin Priester darauf, dass es „nicht immer die offensichtlich Erfolglosen und Abstiegsbedrohten“ (Müller 2016a: 33) sind, die die Populisten wählen. Ein Befund, der in dieser Allgemeinheit sicherlich zutreffend ist. Bei den Wählern rechtspopulistischer Parteien handelt es sich in der Tat nicht ausschließlich um Abgehängte, die sich zunehmend den Wahlen verweigern, sondern um die unteren Mittelschichten und zum Teil eben auch um jene, denen es ökonomisch betrachtet auch gar nicht so schlecht geht, also Facharbeiter mit Festanstellung und Kleinunternehmer. Gleichwohl haben eine Reihe von jüngeren Studien zeigen können, dass es sich bei den Wählern der Rechtspopulisten größtenteils um jene „kleinen Leute“ handelt, deren Schicksal zu verbessern sich sozialdemokratische Parteien ehemals auf die Fahnen geschrieben haben.² Erklärungsbedürftig ist daher vor allem, warum es die klassisch sozialdemokratischen Parteien, aber auch jene Parteien, die links von ihnen stehen, immer weniger vermögen, ihre ehemaligen Stammwählergruppen, also jene Menschen, die über keinen höheren Schulabschluss verfügen, für sich zu gewinnen. Doch an dieser Stelle weicht Müller aus. Zwar erwähnt er in seinem Essay durchaus die Existenz eines neuen Cleavages, nämlich dem zwischen jenen, die man als liberale Kosmopoliten bezeichnen kann, und jenen, die eher auf Abschottung setzen, geht aber nicht dessen gesellschaftlichen Ursachen nach.³ Diese muss man aber berücksichtigen, wenn denn dem Populismus, gerade auch im Namen der Demokratie, begegnet werden soll. Der Verweis darauf, dass die Anhänger der Populisten, nicht das Volk, sondern lediglich ein Teil davon sind und deshalb deren Forderungen eben nicht unmittelbar umgesetzt, sondern in der repräsentativen Demokratie kleingearbeitet werden müssen, hilft demgegenüber nur bedingt weiter.

Ebensowenig hilft es, trotz aller Warnung vor Moralisierung, in einen moralisierenden Duktus zurückzufallen und sich auf der Seite des Guten zu verorten, etwa wenn Müller im Anschluss an Richard Hofstadter den Populisten einen „paranoiden politischen Stil“ (Müller 2016a: 63) attestiert. Denn das Problem, auf das der Populismus antwortet, ist ja gerade, dass in der Praxis die politische Repräsentation nicht so erfolgt, wie es die Theorie der repräsentativen Demokratie nahelegt, dass nämlich die Anliegen aller Gesellschaftsmitglieder zunächst einmal gleichermaßen eine Chance der Berücksichtigung fin-

2 Zu den Wählern und Anhängern rechtspopulistischer Parteien vgl. Oesch (2008); Flecker/Krenn (2009); Spier (2010) sowie die Beiträge in Hillebrand (2015).

3 Zu diesem neuen Cleavage vgl. Kriesi et al. (2006); Cuperus (2015).

den. Vielmehr scheint sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei jenen, die sich nicht zur Elite oder zu den Kosmopoliten zugehörig fühlen, der Verdacht eingestellt zu haben, dass ihre Anliegen systematisch ausgeschlossen werden. Jedenfalls wird von Müller zu wenig beachtet, dass sich in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten in Europa die politische Landschaft stark verändert hat. Das kann an dieser Stelle nur mit wenigen Schlagworten in Erinnerung gerufen werden: die Entstehung neuer Formen der „Governance“, der Bedeutungszuwachs der supranationalen Ebene und ebenso der Exekutiven gegenüber den Parlamenten. Damit einher ging die Hinwendung sozialdemokratischer Parteien zur „neuen Mitte“, das postideologische Zeitalter, die Entwicklung von Kartellparteien und einer „Publikumsdemokratie“ (Manin 2007: 297).

All diese Phänomene sind politikwissenschaftlich gut erforscht und sollten bei der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Populismus berücksichtigt, wenn nicht gar ins Zentrum gestellt werden. Denn es sind die veränderten Rahmenbedingungen politischen Handelns, welche zu einer Konstellation geführt haben, die, so die überzeugende These von Jacques de Saint Victor, die frühneuzeitliche Spaltung zwischen „Palazzo“ und „Piazza“ wiedererweckt hat: „Doch ab den 1980er Jahren hat das Ende der ‚großen Erzählungen‘ und der Parteienkluft, gerade aufgrund der Quasi-Austauschbarkeit linker und rechter Politikstrategien [...] die Rückkehr zu dieser gefährlichen Spaltung zwischen Fürst und Volk begünstigt“ (de Saint Victor 2015: 27). Der Populismus demonstriert mithin – gegen die Beschwörungen von Konsens und Alternativlosigkeit –, dass es durchaus politische Alternativen gibt, nur dass sich diese Alternativen in der Abwehr der „politischen Eliten“ und der von ihnen vertretenen Werte wie Wettbewerb und Kosmopolitismus erschöpfen und dass er in seiner Dynamik auch die Grundlagen der liberalen Demokratie zu zersetzen droht. Kurzum: Der Populismus ist die andere Seite der Postdemokratie.

Müller möchte sich indes dieser Deutung der Entstehungsursachen nicht anschließen. Stattdessen grenzt er sich in seinem Buch von der Postdemokratie-Diagnose ab und argumentiert in der Tradition der realistischen Demokratietheorie von Schumpeter, Sartori und Bobbio, dass die Versprechen der Demokratie immer schon uneinlösbare Versprechen gewesen sind. Doch selbst wenn es, was ich bezweifle, zutreffend sein sollte, dass sich an der Tatsache wenig verändert hat, dass die Versprechen der Demokratie nicht einlösbare Versprechen sind, so gilt auch hier: gut zu wissen, nützt aber nichts. Denn der Populismus verschwindet nicht dadurch, dass man ihn als „paranoid“ und von falschen Erwartungen an „die Demokratie“ getragen denunziert.

Bezeichnend für dieses Flüchten ins Normative ist eine Fußnote, in der das Buch von Thomas Frank „Was ist mit Kansas los?“ als Beispiel für ideologiekritische Scheuklappen im Umgang mit Populismus herangezogen wird. Zwar stimmt es, dass Frank seine Antwort auf die Frage, warum immer mehr weiße Arbeiter und Kleinbürger rechten Republikanern hinterherlaufen, aus einer dezidiert linken Perspektive formuliert. Doch das muss ja nicht von vorneherein eine Auseinandersetzung mit dem im Buch entfalteten empirischen Material ausschließen. Dort hätte man nicht nur erfahren können, dass die Hinwendung zur populistischen Rechten wesentlich mit ökonomischen Entwicklungen in den USA zusammenhängt, namentlich dem Niedergang ganzer Industriezweige und der zunehmenden Konzentration des Wohlstands in den oberen Segmenten der Bevölkerung. Zudem nimmt Frank eine Einsicht von Richard Rorty wieder auf, die dieser in „Stolz auf unser Land“ formuliert hat. Rorty und Frank stimmen darin überein, dass die Hinwendung der US-amerikanischen Demokraten zu den Themen der Neuen Sozialen Bewegungen und die damit einhergehende Vernachlässigung der alten sozialen Frage, die so alt an-

scheinend nicht ist, viele ehemaliger Wähler abgeschreckt hat. In den USA hat sich entsprechend bereits während der 1990er Jahre jenes *cleavage* zwischen den Kosmopoliten und den von Müller als Vertreter einer Haltung der „Abgrenzung“ bezeichneten entwickelt und in den vergangenen Jahren zunehmend verfestigt. Warum das so ist, lässt sich aus den Büchern von Frank und Rorty lernen. Beide verweisen nämlich nicht nur darauf, dass der „cultural turn“ der US-amerikanischen Linken mit der Vernachlässigung der Frage der Umverteilung einhergeht, sondern dass dies auch der Interessenlage der neuen Wähler der Demokraten entsprechen würde, nämlich jene, die der „neuen Mitte“ zugeordnet werden. Dort findet eine Verschmelzung eines „wirtschaftlichen Kosmopolitismus“ mit einem „neuerstandene[n] kulturelle[n] Kosmopolitismus“ statt, die freilich auf das „reichste Viertel der Amerikaner“ beschränkt bleibe (Rorty 1999: 83). Die restlichen drei Viertel, so Rorty weiter, „sollen sich über ethnische und religiöse Fragen streiten und über Sexualmoral diskutieren“ (ebd.: 85). Im Populismus kommt dieser Deutung zufolge ein ins Kulturelle „verschobenem Klassenkampf“ (Leggewie 2015: 148) zum Vorschein.

Wenn man also, wie Müller schreibt, zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Populismus „ein besseres Verständnis der Ursachen des Phänomens“ (Müller 2016a: 91) benötige, dann sollte man auch die Entwicklung der politischen Linken in den letzten 25 Jahren genauer untersuchen. Meine Vermutung dabei ist, dass sich viele der von Rorty und Frank beklagten Tendenzen nicht nur in den USA feststellen, sondern sich diese mit der üblichen Verzögerung gegenwärtig auch in großen Teilen West- und Nordeuropas beobachten lassen. Auch hier konnten wir ja eine Orientierung der Sozialdemokratie auf die „neue Mitte“ einerseits und auf kosmopolitische Werte andererseits feststellen. Und ähnlich wie in den USA – zunächst mit der Kandidatur von Ross Perot, inzwischen auch innerhalb der Republikanischen Partei mit Donald Trump – wurde und wird diese Entwicklung begleitet von einem rasanten Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, mit der AfD mittlerweile ja auch in Deutschland.

Mein Unbehagen an der von Müller und so vielen anderen betriebenen politiktheoretischen Auseinandersetzung mit dem Populismus besteht nicht zuletzt darin, dass die Kollateralschäden des zeitgenössischen Liberalismus nicht reflektiert werden. Was ist darunter zu verstehen? In dem jüngst auch auf Deutsch erschienen Band „Das Reich des kleineren Übels“ entwickelt der französische Sozialphilosoph Jean-Claude Michéa die zunächst irritierende These, dass ein wirtschaftlicher und ein kultureller Liberalismus nicht mehr als zwei Seiten einer Medaille seien, die sich nicht nur in der Praxis ergänzen würden, sondern auch theoretisch einander bedürften. Die theoretische Gemeinsamkeit bestehe darin, dass beide Varianten sich von der Einbindung in übergeordnete Wertmuster distanzieren und demgegenüber die Freiheit des Individuums betonen: die Freiheit des Unternehmers und die Freiheit der Lebensstile, das eine könne man nicht ohne das andere haben. Dass zu den individuellen Freiheiten eben notwendig auch die Freiheit des Marktes gehört, wird von Michéa freilich eher suggeriert, als dass es zu einer systematischen Begründung kommt. Dem ungeachtet besitzt die These von den zwei sich ergänzenden Seiten des Liberalismus mit Blick auf die Praxis liberaler Gesellschaften durchaus Plausibilität, wenn man etwa bedenkt, dass religiöse Vielfalt, gleichgeschlechtliche Lebensformen oder auch eine stärkere Repräsentation von Frauen im öffentlichen Leben vor allem in kapitalistischen Gesellschaften zu beobachten sind. Gedeckt wird diese These aber insbesondere durch die Untersuchung von Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) über den *Neuen Geist des Kapitalismus*, der zufolge es gerade die libertäre Künstlerkritik an den verknöcherten Strukturen des Fordismus gewesen ist, die dem Neoliberalismus zum Durchbruch verholfen hat.

Die Provokation von Michéa besteht nun darin, dass er die Exzesse des Marktes und den zur Schau getragenen postmodernen Hedonismus, wie er sich etwa im Luxuskonsum der oberen Mittelschichten, aber auch in der zunehmenden sexuellen Freizügigkeit in den Medien zeigt, für gleichermaßen „unanständig“ hält. Wir haben es ihm zufolge in den gegenwärtigen Gesellschaften des Westens mit einer doppelten Enthemmung zu tun, die von den beiden liberalen Strömungen vorangetrieben werde. Der mehr implizite als explizite Punkt von Michéa ist es, die zu beobachtende Abwendung immer größerer Bevölkerungsgruppen von den liberalen Deutungseliten als nicht nur nachvollziehbar, sondern vielmehr als einen moralischen Akt zu interpretieren. Das spiegele sich auch parteipolitisch wieder, wo lediglich – Michéa hat dabei Frankreich im Jahr 2007 im Blick, inzwischen haben sich ja auch die französischen Sozialisten der neoliberalen Reformpolitik verschrieben – die Wahl bestehe zwischen jenen Parteien, die für Wirtschaftsliberalismus verbunden mit einem traditionellen Wertkanon stehen, und jenen, die zwar eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik propagieren zugleich aber eine immer weitergehende kulturelle Liberalisierung betreiben wollen. Wenig attraktiv sei dieses Angebot aber für jene Wähler, die Michéa der „Arbeiterklasse“ (Michéa 2014: 109) zuordnet.

Nun kann man sicherlich lange darüber diskutieren, ob es noch zeitgemäß ist, von einer Arbeiterklasse zu sprechen. Michéa hat vor allem jene Menschen im Sinn, die hierzulande als Modernisierungsverlierer bezeichnet werden, also Menschen, deren Arbeitsplätze nicht notwendig akut bedroht, aber zumindest subjektiv unsicher geworden sind und deren Lebenswelt sich in den vergangenen Jahren etwa durch Einwanderungsprozesse oder durch Rauchverbote stark gewandelt hat. Kurzum, es sind jene Milieus, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert sehen und sich zunehmend der Front National oder auch der AfD zuwenden.

Die Ausführungen von Michéa wie auch die von Rorty und Frank verweisen auf jene blinden Flecken eines liberalen Diskurses über den Populismus, für den der Text von Müller nur ein Beispiel unter vielen ist.⁴ Kennzeichnend für diesen ist nicht nur eine Vernachlässigung der gesellschaftstheoretischen Ebene, sondern auch ein Moralismus, der zunehmend hilflos ist. Doch dabei, so die abschließende These, handelt es sich um eine Ausweichstrategie. Wenn Frank Nullmeier also in einem anderen Kontext kritisiert, dass sich die Politische Theorie gemeinhin „auf Seiten der als sozial verträglicher geltenden Werte“ (Nullmeier 2016a: 56) verortet, so gilt dies in besonderem Maße für deren Auseinandersetzung mit dem Populismus. Doch damit ist außer einem guten Gefühl, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen, wenig gewonnen: „Von der Politischen Theorie angeleitetes politisches Urteilen“ wird dadurch, wie Nullmeier feststellt, „in eine rein verurteilende Position versetzt“ (ebd.). Das freilich ist angesichts der Bedrohung der Demokratie durch den Rechtspopulismus viel zu wenig.

Literatur

- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
Cuperus, René, 2015: Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie, Bonn, 149–158.

4 Ähnliche Position finden sich beispielsweise bei Karin Priester (2007, 2012) und Nadia Urbinati (2003, 2014).

- Flecker, Jörg / Krenn, Manfred, 2009: Politische Verarbeitungsformen gefühlter Unsicherheit: ‚Attraktion Rechtspopulismus‘. In: Klaus Dörre / Robert Castel (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt (Main) / New York, NY, 323–332.
- Frank, Thomas, 2005: Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern, Berlin.
- Hillebrand, Ernst, 2015 (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn.
- Kriesi, Hanspeter et al., 2006: Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: *European Journal of Political Research* 45 (6), 921–957.
- Leggewie, Claus, 2015: Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle. In: Karl-Rudolf Korte (Hg.), Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden, 139–154.
- Manin, Bernard, 2007: Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin.
- Michéa, Jean-Claude, 2014: Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft, Berlin.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Nullmeier, Frank, 2016: Politische Theorie des Komparativs. Soziale Vergleiche und gerechte Gesellschaft. In: *Mittelweg* 36 25 (2), 56–73.
- Oesch, Daniel, 2008: Explaining workers’ support for right-wing populist parties in Western Europe: evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: *International Political Science Review* 29 (3), 349–373.
- Priester, Karin, 2007: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Priester, Karin, 2012: Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main) / New York, NY.
- Rorty, Richard, 1999: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt (Main).
- Saint Victor, Jacques de, 2015: Die Antipolitischen, Hamburg.
- Spier, Tim, 2010: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden.
- Urbinati, Nadia, 1998: Democracy and Populism. In: *Constellations* 5 (1), 100–124. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.00080>
- Urbinati, Nadia, 2014: Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People, Cambridge, MA. <https://doi.org/10.4159/harvard.9780674726383>